

## Straßenausbaubeitragssatzung: Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt stellt sich den Bürgern



Übergabe der Unterschriften am 08.04.2016

**BUXTEHUDE.** Es ist aktuell eines der beherrschenden politischen Themen in der Hansestadt Buxtehude. Viele Bürger fordern die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung.

 Drucken

 Leserbrief

 Kommentare

Am Freitagmittag haben die Initiatoren einer Unterschriftensammlung diese an Buxtehudes Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt (Mitte) übergeben. Mehr als 3000 Buxtehuder Bürger haben sich an der Aktion beteiligt. Unterstützt wird die Forderung der ersatzlosen Streichung der Beteiligung der Anwohner an den Kosten der Sanierung der Straße vor ihrer Tür von mehreren Parteien – bei der Übergabe waren neben dem Vorstand der Eigentümerorganisation Haus und Grund und Kommunalpolitikern auch Betroffene dabei. Statt der Bezahlung durch die Anwohner sollen die Baumaßnahmen aus dem allgemeinen Haushalt der Stadt bezahlt werden. Bürgermeisterin Oldenburg-Schmidt nahm die Unterschriften entgegen und versprach, dass die Verwaltung Menschen helfen werde, die die Beiträge nicht sofort bezahlen könnten. Je nach Grundstücksgröße können für einzelne Betroffene 10 000 Euro und mehr an Kosten entstehen. Der zuständige städtische Bauausschuss hatte das Thema in dieser Woche wieder von der Tagesordnung genommen. Die Buxtehuder Bürger-Gemeinschaft/FWG hat aber mit einem neuen Antrag dafür gesorgt, dass das Thema weiterhin in den politischen Gremien diskutiert wird. Foto Wisser